

2022.SR.000140

Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze)

Die Stadt Bern ist bekanntlich ein wichtiger Standort der Verwaltung für drei Verwaltungsebenen (Bund, Kanton und Stadt). Dazu kommen die Verwaltungen der bundesnahen Betriebe wie SBB, Post, Swisscom, Ruag u.a. Diese Verwaltungen und Institutionen verfügen über eine grosse Anzahl von Parkplätzen für ihre Angestellten. Diese Parkplätze werden zu einem überwiegenden Teil als reine «Pendlerparkplätze» benutzt.

Bund, Kanton und die Stadt Bern haben sich je zum Ziel gesetzt, mit eigenen Möglichkeiten zur Erreichung der Klimaziele beizutragen. Die Mobilität trägt heute 32% der allgemeinen CO₂-Emissionen bei. Mit einem geänderten Mobilitätsverhalten der Angestellten der öffentlichen Hand kann somit ein wesentlicher Beitrag zur CO₂-Reduktion beigetragen werden. Da die Stadt Bern mit dem öV äusserst gut erschlossen ist, gibt es für Mitarbeitende, die zu üblichen Bürozeiten in Bern in Verwaltungen arbeiten, keinen Grund, um mit dem eigenen PW zur Arbeit zu gelangen. Als Eigner der bundesnahen Betriebe können Bund, Kanton und Gemeinde direkt auf die Anzahl der Mitarbeitenden-Parkplätze und auf das Mobilitätsverhalten ihrer Mitarbeitenden Einfluss nehmen. Dazu braucht es keine Anpassung des übergeordneten Gesetzes. Auch nach der Aufhebung der Corona-Massnahmen sind viele Mitarbeitende nicht aus der Homeofficepflicht zurückgekehrt und brauchen entsprechend auch keinen Parkplatz mehr.

Der Gemeinderat wird aus den genannten Gründen gebeten zu prüfen, wie mit den anderen Verwaltungsebenen auf Berner Gemeindeboden gemeinsam Anreize für eine erhebliche Reduktion ihrer Mitarbeitenden-Parkplätze geschaffen werden können.

Bern, 15. September 2022

Erstunterzeichnende: Mirjam Roder, Therese Streit-Ramseier

Mitunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Bettina Jans-Troxler, Tanja Miljanovic, Lukas Gutzwiller, Michu Burkard, Manuel C. Widmer